

Europäische Bürgerinitiative Fraternité 2020

Wir, die Europäische Bürgerinitiative Fraternité 2020, stehen für mehr Mobilität durch Europäischen Austausch. Wir sind über fünfzig junge Europäerinnen und Europäer, die es sich zum Ziel gesetzt haben, bis zum 1. November 2013 eine Million Unterschriften für die bessere Förderung der Europäischen Austauschprogramme (Stichwort: Erasmus, Leonardo da Vinci, Europäischer Freiwilligendienst...) zu sammeln. Konkret setzen wir uns dafür ein, dass die EU mittelfristig 3 Prozent ihres Budgets für den Europäischen Austausch ausgeben soll. Außerdem sollen die Programme qualitative Verbesserungen erfahren, sodass die Teilnehmer umfangreiche begleitende Kursangebote im Gastland wahrnehmen können. Denkbar sind z. B. Sprachkurse, Kurse in Landeskunde, Geschichte und interkultureller Kommunikation. Heute stehen wir bei rund 60.300 Unterschriften und werden von zahlreichen Europapolitikern, Akademikern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterstützt. Damit sind wir nicht nur die erste Europäische Bürgerinitiative, sondern, nach Right2Water und der Initiative für ein europaweites Verbot von Tierversuchen, auch die drittstärkste.

Die Idee zu dieser Initiative geht auf den Konvent Junger Europäischer BürgerInnen 2010 in Cluny zurück, der damals sein zehnjähriges Jubiläum feierte. Das Abschlusspapier „Manifest Fraternité 2020“ warb dafür, die Europäische Integration vor allem auf zivilgesellschaftlicher Ebene voranzutreiben. Es bildete später die Grundlage und den Ausgangspunkt für die Konzeption der Europäischen Bürgerinitiative Fraternité 2020. Bereits damals wurde die Ausbildung eines Vereinten Europas als ein Prozess begriffen, der nur von der Basis, von den Bürgern also, ausgehen kann. Um die notwendigen Voraussetzungen für eine solche Entwicklung zu schaffen, wurden eine bessere Mittelausstattung und eine Öffnung der Austauschprogramme für neue Altersgruppen gefordert. Später wurde die Mitarbeit an diesem Projekt in Form einer Bürgerinitiative auch Menschen ermöglicht, die selbst keine Teilnehmer des Konvents waren. Der auf diese Weise entstandene Bürgerausschuss erarbeitete schließlich den konkreten Text unserer Unterstützungsbekundung, stimmte demokratisch über das Ergebnis ab und beauftragte sieben seiner Mitglieder mit der Registrierung bei der Europäischen Kommission am 1. April 2012. Am 9. Mai 2012 beschied man uns die Zulässigkeit und die Europäische Kommission nahm uns als erste Europäische Bürgerinitiative in ihr Amtliches Register auf.

Grünes Licht für die Sammlung von Unterschriften bedeutete dies jedoch nicht. Zunächst galt es unser Online-Sammelsystem auf Basis äußerst strenger Datenschutzbestimmungen zu zertifizieren. Da die Europäische Kommission die Kosten der Implementierung der bereitgestellten Opensource-Lösung jedoch nicht übernehmen wollte, sahen wir uns mit Kostenvoranschlägen von rund 10.000 Euro für eine geeignete IT-Lösung konfrontiert. Geld, das wir schlicht nicht hatten. Wir waren mit diesem Problem jedoch nicht allein und angesichts des drohenden Scheiterns zahlreicher Bürgerinitiativen lenkte die Europäische Kommission schließlich ein und erarbeitete eine temporäre Übergangslösung. Konkret bot man uns eine kostenfreie IT-Lösung auf den Servern der Kommission in Luxemburg sowie die Verlängerung der Sammelphase auf die ursprünglich vorgesehenen zwölf Monate an. Nach erfolgreicher Implementierung dieser Lösung sammeln wir nun seit dem 26. Oktober 2012.

Nach einem scheinbar schwierigen Beginn gelang es uns durch eine auf die Budget-Verhandlungen im Oktober 2012 im Europäischen Rat abgestimmte Social-Media-Kampagne innerhalb weniger Wochen 50.000 Unterschriften zu sammeln. Wir gaben damals die Losung „Help Erasmus“ aus und forderten „3 % des EU-Budgets für EU-Austauschprogramme ab 2014.“ Leider hatte die Kampagne durch das Datum der Verhandlungen ein Verfallsdatum und wir konnten den Erfolg der ersten Stunde anlässlich weiterer Beratungen nicht wiederholen. Alle späteren Versuche einer erneuten Emotionalisierung der Facebook-Kampagne schlugen seither fehl. Wir sammeln daher momentan konstant einige hundert Unterschriften pro Woche.

Um neue Dynamik zu generieren, versuchen wir nun durch öffentliche Aktionen wie Flashmobs und die Verbreitung von Bildmaterial mit Themenbezug über die sozialen Medien eine größere Personalisierung zu erreichen und neue Zielgruppen anzusprechen. Nach einem offenen Brief an die Fraktionsvorsitzenden des Europäischen Parlaments, einer begleitenden mehrsprachigen Pressemitteilung und Fototerminen mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments planen wir außerdem eine Pressekonferenz für den 10. April 2013 in Brüssel, um die Aufmerksamkeit der Medien erneut auf unser Anliegen zu lenken. Außerdem arbeiten wir intensiv an einer neuen Kampagnenstrategie, die die Studierendenvertretungen direkt an den Hochschulen in die Kampagnenarbeit einbeziehen soll.

Auch jeder Außenstehende kann eine Menge für uns tun. Wir sind nicht nur dankbar für jede Unterschrift und jedes um Unterstützung werbende Wort. Ohne Geld in die Hand zu nehmen, kann man noch viel mehr tun, um sich selbst, der eigenen oder der nachfolgenden Generation den Sprung über die innereuropäischen Grenzen zu erleichtern. Jeder persönliche Aufruf auf Twitter oder Facebook hilft. Und jeder Volksvertreter sollte durch E-Mails und Anrufe von unserem Anliegen erfahren. Außerdem finden sich auf unserer Homepage Flyer und Poster, die einfach ausgedruckt und in Schulen, Universitäten, Wohnheimen und anderen Einrichtungen aufgehängt und verteilt werden können. Das kostet natürlich einen kleinen Geldbetrag für Papier und Tinte, doch für uns ist dies unbezahlbare Hilfe, die vor Ort einen großen Unterschied macht. Mehr Information und Inspiration finden sich auf unserer Homepage www.f2020.eu. Außerdem haben wir eine Facebook-Seite (<http://www.facebook.com/Fraternite2020>). Auf der man direkt für uns unterzeichnen kann.

Georg Jürgens, Mitglied des Bürgerausschusses von Fraternité 2020